

1.

Für welche konkreten Maßnahmen würde sich Ihre Partei im Deutschen Bundestag verwenden, um den Netzausbau speziell in der Hochspannung deutlich zu beschleunigen?

Der Ausbau der Übertragungsnetze ist notwendig, um überregional die schwankende Einspeisung von Wind und Sonne auszugleichen. So bringen wir die Energiewende voran und stärken den Klimaschutz. Für uns GRÜNE ist eine umfassende frühzeitige Bürger*innenbeteiligung ein Schlüsselement für eine erfolgreiche Umsetzung des Netzausbaus vor Ort. Außerdem ist es notwendig, dass die Netzausbaupläne sowie deren Bedeutung für die Energiewende auf allen Ebenen erklärt werden. Auf der anderen Seite ist es auch wichtig, die Nutzung der Bestandsnetze zu optimieren.

2.

Wie wollen Sie die Akzeptanz der Energiewende erhöhen? Welche Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe an der Energiewende stellen Sie sich künftig vor?

Wir GRÜNE wollen, dass von der Energiewende möglichst viele profitieren. Deshalb werden wir Bürger*innen-Projekte bei Wind- und Solarparks besonders fördern und alle europarechtlich garantierten Möglichkeiten für Bürger*innen-Energiegemeinschaften vollumfänglich ausschöpfen. Die Kommunen beteiligen wir verbindlich an den Einnahmen aus den Erneuerbaren-Anlagen, sodass gerade der ländliche Raum von den Gewinnen profitiert. Zudem wollen wir Mieterstrom fördern, entbürokratisieren und so weiterentwickeln, dass Mieter*innen stärker vom Ausbau der Erneuerbaren profitieren. Mit dem Energiegeld, das aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung an alle Bürger*innen gezahlt wird, sorgen wir für einen sozialen Ausgleich beim Klimaschutz.

3.

Welche Möglichkeiten zur Senkung der Energiewende bedingter Belastungen der Netznutzer insbesondere in den Regionen mit sehr hohem Anteil an Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien sehen Sie?

Wir wollen die Netzentgelte reformieren, sodass die Transparenz gestärkt, die Kosten der Energiewende fair verteilt und eine Benachteiligung ländlicher Regionen – insbesondere im Norden und Osten – bei der Finanzierung notwendiger Netzausbaukosten beseitigt wird.

4.

Wie stehen Sie zur Einführung von Mindestanteilen von Wasserstoff in Erdgasausschreibungen?

Die Finanzierung von fossilen Gasleitungen und Wasserstoffleitungen sollte nicht in einem System aneinander gebunden werden. Sonst kann sich das fossile Gasnetz eines Tages als schwere Bürde für den Wasserstoff erweisen, denn die Zahl der an das fossile Gasnetz angeschlossenen Kund*innen wird mit der Zeit immer weiter zurückgehen. Für die Klärung der Finanzierung müssen verlässliche Abschätzungen vorliegen, mit welchen Summen in der Anfangsphase gerechnet wird, wie dieser Finanzbedarf gesichert werden kann und wie Investitionssicherheit für den Start in die Wasserstoffwelt garantiert wird. Parallel wollen wir GRÜNE die Reform der Abgaben, Umlagen und

sonstigen statischen Strompreisbestandteile so ausgestalten, dass erneuerbarer Strom für flexible Verbraucher wie Wasserstoffelektrolyseure zeitlich und lokal spezifisch deutlich günstiger zur Produktion genutzt werden kann. Dies kann zum Beispiel durch eine zeitliche Senkung der EEG-Umlage erfolgen.

5.

Welche Überlegungen haben Sie, um in der jetzigen Phase so genannte „First-Mover-Disadvantages“ über sinnvolle Förderansätze auszugleichen und entsprechende Projekte anzureizen?

Mit Marktanreizen und einem umfassenden Förderprogramm wollen wir die Kapazitäten zur Wasserstoffherstellung in Deutschland schaffen. Außerdem wollen wir GRÜNE mit einer Reform der Abgaben, Umlagen und der sonstigen statischen Strompreisbestandteile erreichen, dass erneuerbarer Strom für flexible Verbraucher wie Wasserstoffelektrolyseure zeitlich und lokal spezifisch deutlich günstiger zur Produktion genutzt werden kann. So ermöglichen wir die Herstellung von grünem Wasserstoff in Deutschland.

6.

Wie sollte ein zukunftsfähiger Regulierungsrahmen gestaltet sein und welche Möglichkeiten sehen Sie, um nach dem erwarteten Urteil des EuGH künftig Kontinuität, Verlässlichkeit und Rechtssicherheit des Regulierungsrahmens sicherzustellen?

Ein Regulierungsrahmen muss grundsätzlich transparent und nachvollziehbar sein. Für uns ist besonders wichtig, dass die Energiewende kohärent vorgebracht wird. Dabei muss das Parlament ausreichend einbezogen und beteiligt sein, da nur so dem öffentlichen Interesse ausreichend Rechnung getragen werden kann.

7.

Werden Sie sich für langfristig stabile Rahmenbedingungen zur angemessenen Finanzierung von Netzinvestitionen einsetzen und wenn ja, mit welchen Maßnahmen?

Für uns GRÜNE ist es wichtig, dass vorhandene Mittel in die Energiewende und auch in den Netzausbau investiert werden. Die Finanzierung der Energiewende soll ausgewogen sein, sodass Verbraucher*innen nicht übermäßig belastet werden und es auf der anderen Seite weiterhin gute Rahmenbedingungen für das Personal und Investitionen in Netze gibt.

8.

Wie ist Ihre Position zur Anerkennung der Kosten des Engpassmanagement (Redispatch) bei Verteilnetzbetreibern? Wie würden Sie eine Regulierung gestalten, die VNB mit viel erneuerbarer Stromerzeugung in ihren Netzen nicht ab der ersten Regulierungsperiode wirtschaftlich benachteiligt?

Im Zuge der Implementierung des Redispatch 2.0 haben sich für Verteilnetzbetreiber*innen eine Reihe neuer Aufgaben und Pflichten ergeben. Die dadurch anfallenden Kosten können grundsätzlich berücksichtigt werden. Zielführend wären dabei eindeutige und frühzeitige Konkretisierungen der Bundesnetzagentur zur Kostenberücksichtigung sowie zum Effizienzvergleich als Unterstützung für die Umstellungsprozesse. Grundsätzlich setzen wir GRÜNE auf die Fortführung des kontinuierlichen Austausches mit den involvierten Akteuren, um möglichen Hindernissen insbesondere in der frühen Implementierungsphase gezielt begegnen zu können.